

Antrag Nr. 18-F-21-0001

SPD, CDU und Grüne

Betreff:

Hausärztliche Versorgung in Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 17.01.2018 -

Antragstext:

Wiesbaden weist mit knapp 120 Prozent einen überdurchschnittlich hohen Versorgungsgrad von Allgemeinmedizinern auf. Betrachtet man allerdings die Verteilung der allgemeinmedizinischen Praxen im Stadtgebiet, erkennt man, dass sich die meisten Praxen auf die Stadtteile Mitte, Nordost und Sonnenberg verteilen. Gerade in den Vororten sinkt die Anzahl an allgemeinmedizinischen Arztpraxen. In einigen Stadtteilen, wie beispielsweise Auringen, Igstadt und Kloppenheim, gibt es gar keine Allgemeinmediziner mehr.

Die Anzahl der Arztzulassungen wird von der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) für das gesamte Stadtgebiet festgelegt. Durch die Überversorgung genehmigt die KV keine Neuzulassungen von neuen Allgemeinmedizinern für Wiesbaden.

Neben der hausärztlichen Versorgung in den Vororten sinkt aber auch die Anzahl der Apotheken und anderen medizinischen Angebote.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. über den hessischen Städtetag auf die Kassenärztliche Vereinigung einzuwirken, die Anzahl der Arztzulassungen nicht auf die Gesamtkommune zu beziehen, sondern eine kleinräumigere Einteilung, wie beispielsweise auf Ortsbezirke bezogen, vorzunehmen.
2. die EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH zu beauftragen, einen Runden Tisch mit den relevanten Akteuren einzuberufen, um Maßnahmen zu erarbeiten, wie die hausärztliche Versorgung in den Wiesbadener Vororten, auch durch Unterstützung der Landeshauptstadt, verbessert werden kann.

Wiesbaden, 17.01.2018

Simon Rottloff
Fachsprecher
(SPD-Fraktion)

Daniela Singh
Fraktionsreferentin

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender
(CDU-Fraktion)

Ralf Wagner
Fraktionsreferent

Karl Braun
Fachsprecher
(Fraktion Bündnis 90/
Die GRÜNEN)

Matthias Schulz
Fraktionsreferent